

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686—3698, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach-Konto: Berlin 660, Wöchentlich 1 Mark, Monatspreis 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verträge für Aufträge in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 12 Pf.] · Nr 511

DONNERSTAG, 29. OKTOBER 1931

ABEND-AUSGABE

Hindenburgs Ansprache

Der Wirtschaftsbeirat eröffnet

Der Wirtschaftsbeirat, der die von der Reichsregierung geplanten umfassenden Maßnahmen zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krise beraten soll, ist heute um 11 Uhr im Hause des Reichspräsidenten zusammengetreten. Unter den Mitgliedern waren Reichsminister Brüning und der Reichsminister sowie Reichsbankpräsident Bauer und Generaldirektor Dormmüller erschienen. Der Reichspräsident von Hindenburg übernahm selbst den Vorsitz und eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Es ist mir eine angenehme Pflicht, Sie — ehe wir an unsere erste Arbeit gehen — willkommen zu heißen und Ihnen für die Bereitwilligkeit zu danken, mit der Sie meinem Rufte Folge geleistet und Ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben. Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Notlage erfordern alle Kräfte unserer Bevölkerung mit hohem Einsatz. Sie rufen an den Grundpflichten des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Grundlagen unserer Volkswirtschaft. Am Bewußtsein der Verantwortung, die ich vor dem deutschen Volk und vor meinem Gewissen trage, habe ich mich entschlossen, angelehnt an außerordentlichen Wirtschaftsrat, einen besonderen und außerordentlichen Weg zu beschreiten. Ich habe nach Berücksichtigung der Reichsregierung aus Hintersicht der Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens, aus den großen Wirtschaftskruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleinvertrieb, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen, und Sie, meine Herren, heute zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei Ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum Besten gehoben werden kann.

Man kann von Ihnen mit Vertrauen, in welchem Maße die Lage Deutschlands durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird, über liegen die schweren und großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik. Von Ihnen aber erwarte ich, daß Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung in dem unbeschlagen Willen befehlen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigene Handeln nur tragen abzuwenden vermögen. Nur so wird eine Grundlage geschaffen für die notwendigen internationalen Bemühungen zur Lösung der gesamten Weltkrise. Nur das Bewußtsein solcher Pflichterfüllung und äußerster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist.

Die Aufgabe, die Ihnen gestellt ist, kann nur bei richtiger Wertung der wirtschaftlichen Kräfte und in geradestehender, weitestreichender Interessen gelöst werden. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger ein

der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftslage. Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, mich ich jeder Einzelheit loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelkämpfen. Nur wenn solche Gelöstung Sie, meine Herren, erfüllt, wird Ihre Beratungen den sittlichen Wert und die überlegene Kraft besitzen, ohne die ein gelingendes und Lebenshaftes Volk sich nicht führen läßt.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Notstände und die Gefahren innerer Zersplitterung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, daß die Führer der Wirtschaft, zusammen mit der Reichsregierung, einen klaren und zielgerichteten Weg gehen. Möchte Ihre Zusammenarbeit, meine Herren, Ergebnisse zeitigen, welche die Reichsregierung in den Stand setzen, auf Grund der verfassungsmäßigen und geschichtlichen Verantwortung, die ihr die Pflicht der Führung zuteilt, mit wirksamen Maßnahmen zur Beseitigung unserer Wirtschaftslage und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens vorzugehen.

Dieses Ziel setzt vor Augen, lassen Sie uns nunmehr an die gemeinsame Arbeit gehen!

Der Reichspräsident erteilte zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftslage in Frage kommenden Möglichkeiten dar; hieran schloßen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbod und des Reichsbankpräsidenten Dr. Uthner an. Abschluß begann die allgemeine Ansprache. Sie wird nach einer Mittagspause bis 5 Uhr nachmittags fortgesetzt.

Selbsthilfe und Solidarität

Die Ansprache des Reichspräsidenten wird auch außerhalb Deutschlands auf starke Beachtung rechnen dürfen wegen des Betonnisses zur weltwirtschaftlichen Solidarität, das sie selbst enthält. Der Reichspräsident sieht deutlich die Grenzen, die einer deutschen Selbsthilfe gesetzt sind. Das Weltpolitische und das Weltwirtschaftliche für Deutschland in Ordnung zu bringen, ist, so erklärt er, Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Der Wirtschaftsbeirat soll mithelfen, das alles getan werde, was in Deutschlands Macht liegt, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Damit wird offensichtlich dem unfruchtbareren Streit um die sogenannte „autare“ Lösung ein Ende gemacht.

Hitler und die Reichswehr

Besuche bei General von Schleicher

Adolf Hitler hat während der letzten Wochen zwei Unterredungen mit General von Schleicher, dem Chef des Militärkammer im Reichswehrministerium, gehabt. Davon erhält die Öffentlichkeit erst jetzt Kenntnis. Über die höchsten Stellen in der Reichs- und in der Preussischen Regierung waren, zum Teil schon vorher, von diesen Besuchen in der Bendersbrunnener unterrichtet, und der Empfang hat mit Billigung des Reichswehrministers Greener stattgefunden. Ueber den Inhalt der Gespräche wird mitgeteilt: Hitler habe den Wunsch geäußert, nachzukommen, das ihm dem bekannten Leipziger Hochparatroppengeneral gegen die Wehr Offiziere kein Verbot mehr erteilt worden sei, nationalsozialistische Zellen in der Reichswehr zu bilden. Er habe erneut verweigert, daß keine Partei „nur auf dem legalen Wege“ zur Macht kommen wolle und daß er jeden „hinausbeordern“ werde, der einer illegalen Aktion das Wort rede.

Erst der Empfang durch den Reichspräsidenten, dann die hohen Besuche mit General von Schleicher, dem Hitler seit Jahren ein feindlicher politischer „Einfluß“ zugeschrieben wird — sein Zweifel, daß sich Hitler erwidern und dem Nachweis bemüht, daß die nationalsozialistische Partei reaktionärem sei. Vielleicht hat man bald auch noch von Besuchen bei anderen wichtigen Persönlichkeiten.

Regale Wirtschaftspolitik durch die Nationalsozialisten hat zur Voraussetzung eine Mehrheit im Reichstag, die von der sogenannten „nationalen Opposition“, auch mit Unterstützung der Gruppen der gemäßigten Rechten, wie des Landvolks, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, nicht aufzubringen ist. Es ist bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning im Reichstag darauf hingewiesen worden, daß die Reichsabschlüsse parlamentarisch ohnmächtig sind, wenn sie nicht von der äußeren Linken, den Kommunisten, unterstützt werden. In der Meinung finden sich die Nationalsozialisten und die Reichsabschlüsse mit den Dritten Internationalen zusammen. In dem Augenblick aber, in dem es den Reichsabschlüssen gelingen würde, die Regierung Brüning zu stürzen, wäre der Reichspräsident, daß sie aus eigener Kraft kein verfassungsmäßiges Regime aufrichten können. Denn die Reichsabschlüsse verfügen mit über 151 von 577 Mandaten. Selbst wenn man voraussetzt, daß die gemäßigten Rechten ihren vollen Stimmwert leisteten, dann wäre eine Reichsregierung nur bei Unterstützung durch das Zentrum möglich.

Man hat in der jüngsten Zeit häufig gemeint, daß die Nationalsozialisten vorfristig verhandelt hätten, mit dem Zentrum fröhlich zu gewinnen. Und nicht zum geringsten auf diese Gerüchte ist es zurückzuführen, daß die Reichsabschlüsse des Zentrums öffentlich den einseitigen Reichstag mitgeteilt hat, weder eine offene noch eine geheime Reichsregierung direkt oder indirekt zu unterstützen. Im übrigen werden auch innerhalb der nationalsozialistischen Partei die Meinungen über eine Annäherung an das Zentrum fort auseinanderzugehen, wenn man nicht voraussetzen will, daß die Führer mit verteilten Rollen spielen. Dr. Frick, der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, hat gestern in Breslau ausdrücklich bekräftigt, daß eine Zusammenarbeit mit Brüning und eine Lösung von der Übergangsfrent in Frage gestellt werden. Das Ziel Heide, das Kabinett Brüning zu stürzen und eine Regierung der „nationalen Opposition“ zu errichten. Wenn das Zentrum sich nicht bald von den Marxisten loslöse, so könne es zusammen mit den Noten „in die Hölle fahren“.

In wiederholenden Erklärungen prominenter Nationalsozialisten ist man gewöhnt. Zu den Erklärungen, die Hitler bei vertraulichen Konferenzen mit Industriellen über sein wirtschafts- und sozialpolitisches Zukunftsprogramm abgegeben hat, und den Aufstellungen, die Goebbels und Himmler öffentlich vertreten, besteht ein diametraler Unterschied. Die einfache Erklärung dafür ist, daß innerhalb der Nationalsozialistischen Partei eben zwei Richtungen, die nationalpolitische und die sozialistische, vorhanden sind, und daß die sozialistische Richtung erkennbar immer stärker wird. Daher auch die Intrigue im Lager Hugenberg. Die Nationalsozialisten können sich nicht mehr verhehlen, daß sie ein von den Nationalsozialisten nur noch mäßigend ertragener „Bundgenosse“ sind, über den sie sich nicht freuen, weil, sobald der Woge seine Schuldigkeit getan hat.

Es ist auffallend, wie aus dieser Sorge heraus bei den Deutschnationalen jetzt die Trommel für Hugenberg's Peron gerührt, wie er in den Beratungen, als das „politische

Braun wieder im Amte

Rückkehr Höpfer-Aeschoffs?

Der preussische Ministerpräsident Braun hat heute seine Amtsgefähre wieder aufgenommen. Er wird morgen eine Kabinett-Sitzung leiten, in der über den Termin für die Verlegung des preussischen Staatshaushalts 1932-33 Beschluß gefaßt werden soll.

Braun wird in den nächsten Tagen auch bereits zu entscheiden haben, wie die Reichsfolge Höpfer-Aeschoffs im Preussischen Finanzministerium geregelt werden soll. Es scheint nun doch zu gelingen, Höpfer-Aeschoff als Minister in das Finanzministerium zu ernennen. Die Widerstände liegen weder beim Reichspräsidenten, noch bei Höpfer-Aeschoff, sondern bei einigen Ministern, die dem Finanzminister eine Rede verweigern, die er kurz nach seinem Amttritt in Hagen gehalten hat.

Es wäre nicht zu verstehen, wenn an diesen Schwierigkeiten eine Regelung scheitern würde, die nach Lage der Dinge als die weitaus beste Lösung angesehen werden muß.

Dienstag berichtet Naval

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 29. OKTOBER
In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wird der Dampfer „Jale de France“ im Hafen von La Gode anlaufen. Sonntag vormittag um 11 Uhr soll Ministerpräsident Naval wieder in Paris eintreffen. Für den kommenden Dienstag ist schon ein außerordentlicher Ministerrat nach dem Ehre der Abreise in London, in dem der Ministerpräsident über seine Verbindungen mit Hoover Bericht erstatten und gleichzeitig die angeführten „Räuberstaaten“ zur Sanierung Europas flagieren wird.

Staatsrat lehnt Verkleinerung ab

Der preussische Staatsrat lehnte heute den Vorschlag der Regierung zur Verkleinerung des Staatsrats um ein Drittel ab.